Politischer Rechenschaftsbericht des Landesvorstands BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen 2018-2021

Der aktuelle Landesvorstand ist im Oktober 2018 auf der Landesdelegiertenkonferenz in Celle gewählt worden: Anne Kura und Hans-Joachim Janßen als Landesvorsitzende, Brigitte Deyda als Landesschatzmeisterin sowie Nadja Weippert (frauen- und genderpolitische Sprecherin), Heiko Sachtleben und Heiner Scholing als Beisitzer*innen. Brigitte Deyda ist zum 1.12.2020 aus familiären Gründen zurückgetreten, seitdem ist Hans-Joachim Janßen kommissarischer Schatzmeister

Allgemeine Stimmung, Wachstum und Wahlen

- In den letzten zweieinhalb Jahren ist der Zuspruch zu uns GRÜNEN im Bund und im Land enorm gestiegen. Dies spiegelt sich sowohl in starken Umfragewerten (letzte Umfragewerte für Niedersachsen um 20 %), als auch in einem anhaltend hohen Mitgliederwachstum wider: Hatten wir in Niedersachsen Ende 2018 ca. 7500 Mitglieder, haben wir Ende 2020 die 10.000er-Marke überschritten; aktuell (Juni 2021) haben wir mehr als 11.200 Mitglieder. Wir sind also so viele GRÜNE, wie noch nie.
- Erfolg bei kommunalen Wahlen: Anna Kebschull ist 2019 im bis dahin stets CDU-dominierten Landkreis Osnabrück die erste GRÜNE Landrätin überhaupt geworden, im selben Jahr wurde Belit Onay in der ehemaligen SPD-Hochburg Hannover Grüner Oberbürgermeister. Hinzu kommen weitere Wahlerfolge GRÜNER (Samtgemeinde-)Bürgermeister*innen. Auch die herausragenden Ergebnisse bei der Europawahl 2019 (landesweit: 22,6 %) in ländlichen Räumen ebenso wie in urbanen Zentren untermauern: In der Stadt und auf dem Land wünschen sich die Wähler*innen GRÜNE in Verantwortung.
- Wir haben 2019 einen überzeugenden Europawahlkampf hingelegt und werden jetzt mit Katrin Langensiepen und Viola von Cramon von zwei Niedersächsinnen im Europaparlament vertreten.
- Aus der Opposition heraus haben wir im Gegensatz zum Stillstand und Rückschritten der so genannten „Großen Koalition“ aus SPD und CDU gezeigt, dass wir Verantwortung übernehmen wollen, um die Zukunft zu gestalten. Wir wollen Klima- und Umweltschutz mit sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung verbinden und so Krisen verhindern.

Thematische Schwerpunkte und Bündnisse

Wir sind als Landesvorstand 2018 angetreten, um nach der enttäuschenden Landtagswahl den GRÜNEN Aufbruch in Niedersachsen umzusetzen. Unser Anspruch ist, die progressive, soziale und ökologische Kraft in Niedersachsen zu sein, die gesellschaftliche Herausforderungen früher als andere erkennt und Lösungen anbietet. Dafür haben wir uns inhaltlich breiter aufgestellt und mit vielfältigen Bündnispartner*innen daran gearbeitet, gesellschaftliche Mehrheiten zu mobilisieren:

- Im Bündnis #noNPOG haben wir gegen das in Teilen verfassungswidrige neue Polizeigesetz der GroKo und für Freiheit und Grundrechte protestiert.
- Wir haben das Thema „Wohnen“ zu einem Schwerpunkt gemacht und u.a. mit einem sehr gut besuchten und besetzten „Grünen Forum Wohnungspolitik“ gemeinsam mit dem DGB, dem Bundesverband freier Wohnungs- und Immobilienunternehmen, der Landesarmutskonferenz, Praktiker*innen aus Kommunen, Architekt*innen und vielen mehr Vorschläge für diese zentrale sozialpolitische Frage diskutiert und anschließend auf der LDK Ende 2019 in Osnabrück verabschiedet.
- Wir haben als Initiator*innen gemeinsam mit dem NABU und dem Deutschen Berufs- und Erwerbsimkerverband und einem breiten gesellschaftlichen Bündnis von mehr als 220 Unterstützer*innen das Volksbegehren Artenvielfalt.Jetzt! auf den Weg gebracht und im

Frühsommer 2020 die Unterschriftensammlung gestartet. Wir haben für 2020 einen deutlichen finanziellen und personellen Schwerpunkt auf das Volksbegehren gelegt und eine Kampagne erarbeitet, die sowohl auf Landesebene als auch dezentral lief: Dazu haben wir bereits 2019 begonnen, in allen kreisfreien Städten und Landkreisen regionale Aktionsbündnisse zu gründen und vor Ort mit den Aktiven dafür gesorgt, dass sowohl die Informationen und Argumentationen von der Landesebene vor Ort weiterverbreitet werden, als auch lokale Aktionen und Diskussionen mit Hilfe der Hilfe der Landesebene in den lokalen Medien aufgegriffen und unterstützt wurden. Es ist uns gelungen, nicht nur auf Landesebene, sondern auch vor Ort die Bündnisarbeit voranzubringen und für Sichtbarkeit zu sorgen – eine wichtige Vorarbeit für die Kommunal- und Landtagswahlen. Das Volksbegehren erfuhr sehr viel Unterstützung in der Bevölkerung. Nach 6 Monaten hatten trotz Corona-Pandemie 162.530 Menschen unterschrieben (für die erste Stufe wären 25.000 Unterschriften nötig gewesen). Mit dem Volksbegehren haben wir die Landesregierung vor uns hergetrieben. Nachdem wir das Volksbegehren angekündigt haben, hat die Landesregierung das Thema mit ihrem so genannten „Niedersächsischen Weg“ aufgegriffen und damit zunächst versucht, das Volksbegehren zu verhindern. Durch den großen Druck wurden dann die wesentlichen Ziele und Forderungen des Volksbegehrens im „Niedersächsischen Weg“ aufgenommen, den Umweltverbände und Vertreter*innen der Landwirtschaft mittragen. Das Gesetzespaket wurde von allen demokratischen Fraktionen im Landtag einstimmig verabschiedet. Das Volksbegehren war also ein Erfolg, ohne dass wir die zweite Stufe starten mussten. Unser Dank gilt den zahlreichen Aktiven, die sich vor Ort mit kreativen Aktionen an der Unterschriftensammlung beteiligt haben. Jetzt geht es darum, dass die Vereinbarungen auch tatsächlich umgesetzt werden. Das wollen wir mit den Bündnissen weiter kritisch begleiten.

- Wir haben uns intensiv den Themen Klimagerechtigkeit und sozial-ökologische Transformation gewidmet. 2019 haben wir gemeinsam mit der Landtagsfraktion ein umfassendes Klimaschutz-Sofortprogramm für Niedersachsen vorgelegt, u.a. mit massiven Investitionen und einem Klimaschutz-Vorbehalt. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Vertreter*innen aus Handwerk, Wirtschaft, Industrie und Wissenschaft haben wir intensive Dialoge geführt. Ergebnisse sind u.a. ein LDK-Beschluss zu Klimagerechtigkeit („Klimaschutz für eine gerechte Zukunft, LDK Osnabrück 2019) und ein sozial-ökologisches Konjunktur- und Investitionsprogramm von Landesvorstand, Landtagsfraktion und Bundestagsgruppe, auch mit Bezug zur Corona (Juni 2020). Im Rahmen eines breiten Beteiligungsprozesses mit Anhörungen von Expert*innen und in Zusammenarbeit mit dem Landesparteirat und vielen Landesarbeitsgemeinschaft haben wir auf dem digitalen Delegiertentreffen im November 2020 den Beschluss „Sozial-ökologische Transformation: Ein Handlungsrahmen für Niedersachsen“ verabschiedet, mit dem wir in den nächsten Monaten weiterarbeiten werden.
- Wir haben außerdem begonnen, unser bildungspolitisches Leitbild weiterzuentwickeln. Dazu haben wir mit einem Arbeitskreis ein Papier „Schule neu denken – Thesen zu einer grünen Bildungspolitik“ entwickelt, das wir im Parteirat sowie im Rahmen mehrerer inhaltlicher Veranstaltungen (u.a. zur Digitalisierung und zur beruflichen Bildung) diskutiert haben und weiter konkretisieren werden – auch als wichtige Vorarbeit auch zur Landtagswahl.

Corona-Pandemie

- Die letzten 1,5 Jahre waren geprägt von der Corona-Pandemie. Inhaltlich haben wir uns vor allem um die Frage der sozialen Gerechtigkeit gekümmert (Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und Familien, besondere Rolle von Frauen, Minderung der sozialen Ungleichheit) sowie um die Bewältigung der Krise im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation. Außerdem haben wir immer wieder das fehlerhafte Krisenmanagement der Landesregierung

kritisiert (s. unsere Resolution „Raus aus der Krise – mit einem handlungsfähigen Staat und sozial-ökologischen Investitionen).

- Im Landesverband haben wir ab Frühjahr 2020 die Arbeit ins Digitale verlagert, Veranstaltungen, Sitzungen (Landesvorstand, Landesarbeitsgemeinschaften) finden bis auf Weiteres im Netz statt. Auch die Landesgeschäftsstelle arbeitet größtenteils im Mobile Office. Hier haben wir wertvolle Erfahrungen gesammelt, die wir auch in Zukunft nutzen wollen (Stichwort Hybride Sitzungen).
- Mit den Kreisverbänden und Sprecher*innen der Landesarbeitsgemeinschaften haben wir uns schon früh über digitale Formate ausgetauscht und Schulungen und Unterstützung angeboten. Viele Berührungsängste mit digitalen Formaten sind jetzt abgelegt, auch wenn die Vorbereitung von Wahlen und der direkte Austausch mit Kandidierenden und Bürger*innen digital nicht optimal zu lösen sind.
- Unsere Landesdelegiertenkonferenz im März 2020 haben wir nach intensiven Beratungen mit dem Parteirat abgesagt und einige zentrale Anträge (Landwirtschaft sowie Rahmenbedingungen für nachhaltige Kommunalpolitik) im Netz diskutiert (Webinare und Forum, leider mit nur durchwachsener Resonanz), dringliche Anträge haben wir als Landesvorstand direkt beschlossen. Auch die für September 2020 und November 2020 geplanten LDKen mussten wir als physische Versammlungen aufgrund der Pandemielage absagen. Im November 2020 haben wir stattdessen eine digitale Delegiertenversammlung mit Beschlüssen u.a. zur sozial-ökologischen Transformation, zum Volksbegehren und zur Atompolitik abgehalten. Die Wahl zum Landesvorstand und weiterer Gremien haben wir nach Diskussionen und Beschlüssen im Parteirat auf Juni 2021 verschoben, in der Hoffnung, in Präsenz tagen zu können.
- Auch die Wahl der Landesliste für den Bundestag mussten wir verschieben und dann hybrid abhalten, das hat aufgrund einer großen Teamleistung mit der Landesgeschäftsstelle, verdigado, Kandidat*innen, Präsidium und Delegierten sehr gut funktioniert. Wir haben Ende Mai 2021 auf einer hybriden LDK in Oldenburg erstmals eine Liste mit 40! Kandidat*innen aufgestellt und haben ein starkes, vielfältiges Team für die Bundestagswahl.

Historisches

- Im Dezember 2019 ist unser Landesverband 40 Jahre alt geworden (gegründet als "Sonstige Politische Vereinigung (SPV) Die GRÜNEN" in Hannover). Das haben wir mit einem Rückblick in die Parteigeschichte und einer Runde „Dalli Klick“ und Erinnerungen von Grünen der ersten Stunden auf der LDK 2019 in Osnabrück gefeiert, s. dazu auch die entsprechende Ausgabe des Mitgliedermagazins „Grüne Zeiten“.
- Ebenfalls mehr als 40 Jahre her ist die willkürliche Benennung Gorlebens als Endlagerstandort für Atommüll. Im September 2020 hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) bekanntgegeben, dass Gorleben nicht mehr im Verfahren der Prüfung geeigneter Standorte ist, weil Gorleben geologisch nicht geeignet ist. Ein historischer Moment! Dafür, und für einen neuen, bundesweiten Suchprozess hatten Grüne, Bürgerinitiativen und Umweltverbände jahrzehntelang gestritten. Wir stehen zu der Verantwortung, den sichersten Standort zu finden. Diese Aufgabe können wir nur mit einem offenen, transparenten und wissenschaftsbasierten Verfahren und mit maximaler Bürgerbeteiligung lösen. Damit das funktioniert muss das Verfahren verbessert werden, hier werden wir uns weiter einbringen. Nur, wenn die Auswahl des Standorts für hochradioaktiven Atommüll transparent und nachvollziehbar ist, kann ein erneuter langer gesellschaftlicher Konflikt vermieden werden.

Personalentwicklung und innerparteiliche Weiterentwicklung

- Gemeinsam mit der Grünen Jugend Niedersachsen haben wir 2019 unseren ersten Durchlauf des Vernetzungsprogramms für junge Frauen gestartet. Damit geben wir einen Einblick in innerparteiliche Strukturen und die Programmatik, es gibt Schulungsangebote, sich weiterzuentwickeln und vor allem Netzwerke zu bilden. Der zweite Durchlauf 2020 musste wegen der Corona-Pandemie eingestellt werden, wir werden dieses erfolgreiche Format aber wieder auflegen, denn für uns Grüne gilt: Mindestens die Hälfte der Macht den Frauen! – und da ist auch bei uns noch Luft nach oben.
- Ein weiterer Baustein der innerparteilichen Personalentwicklung ist unser Empowerment-Programm, das wir 2020 gestartet haben. Wir Grüne Niedersachsen erfahren durch das Mitgliederwachstum, die stark gestiegenen Umfragewerte und Wahlerfolge einen enormen Zuspruch. Aber auch große Erwartungen. Wir werden zukünftig mehr Mandate im Land- und Bundestag besetzen können. Auf kommunaler Ebene werden wir neben vielen zusätzlichen Mandaten in den Räten und Parlamenten auch Ämter als Bürgermeister*innen oder Landrät*innen besetzen können. Wir brauchen also mehr aktive Politiker*innen in exponierten Positionen. Mit unserem Empowerment-Programm wollen wir aktiven grünen Mitgliedern die Chance geben, sich in einem intensiven Prozess weiterzuentwickeln: mit verschiedenen Modulen und einem begleitenden Coaching. Der erste Durchlauf des Programms ist jetzt erfolgreich abgeschlossen, wir werden es weiterführen.
- Nach einem LDK-Beschluss haben wir einen Diversity-Rat auf Landesebene eingesetzt. Unser Ziel ist Zusammenhalt in Vielfalt. Wir wollen, dass sich vielfältige Perspektiven in unserer Partei abbilden. Die Repräsentation von gesellschaftlich diskriminierten oder benachteiligten Gruppen mindestens gemäß ihrem gesellschaftlichen Anteil auf der jeweiligen Ebene ist unser Ziel. Wir wollen als Partei unsere Strukturen so gestalten, dass sie in Bezug auf das Geschlecht, eine rassistische, antisemitische oder antiziganistische Zuschreibung, die Religion und Weltanschauung, eine Behinderung oder Erkrankung, das Lebensalter, die Sprache, die sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität, den sozialen oder Bildungsstatus oder die Herkunft inklusiv und nicht diskriminierend wirken. Auf Landesebene erarbeitet unser Diversity-Rat, welche strukturellen Maßnahmen im Landesverband nötig sind, um mehr Vielfalt zu erreichen. Er soll die aktuellen Problemstellungen aufarbeiten, Ansätze für Diversity-Strategien erarbeiten und erste konkrete Maßnahmen vorschlagen, die vom Landesvorstand verabschiedet werden sollen. Außerdem soll der Diversity-Rat in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand einen Diversity-Bericht erarbeiten, der auch Vorschläge zur Verstetigung der Arbeit des Diversity-Rates enthält. Dieser Bericht soll parteiöffentlich vorgelegt und auf einer LDK diskutiert werden.
- Am 11. Juli 2019 hat sich die Kommunalpolitische Vereinigung GRÜNE Niedersachsen (KPVGrüN) gegründet. Aufgabe des Vereins ist die Förderung ökologischer, sozialer und nachhaltiger kommunalpolitischer Arbeit in Niedersachsen. Hierzu werden Seminar (online wie offline) angeboten.
- Wir konnten unser Schulungsangebot ausbauen mit Blick auf die Angebote der Stiftung Leben und Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen und der KPV anpassen. U.a. haben wir ein breites Angebot für kommunale Kandidierende und Bundestagskandidierende und weitere kommunalpolitische Angebote im Vorfeld der Kommunalwahl gemacht.
- Um an unserer Programmatik zu arbeiten, aber auch, um uns zu vernetzen und das Parteileben zu genießen, haben wir uns im September 2019 für drei Tage zum Campo Verde in Bad Bevensen getroffen. Im Zentrum stand zwei Jahre vor Kommunalwahl die Kommunalpolitik. Losgelöst vom politischen Tagesgeschäft haben wir intensiv diskutiert und viel Spaß gehabt.

Erweiterung der Landesgeschäftsstelle

- Mit dem wachsenden Zuspruch wachsen auch die Erwartungen. Um dem gerecht zu werden, haben wir in der Landesgeschäftsstelle den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und des Gliederungsservice (Angebote für Kreis- und Ortsverbände) deutlich aufgestockt. Mit Nicole Schmidt, Jenni Krupke und Daniel Kosak haben wir drei neue Mitarbeiter*innen, die sowohl die Öffentlichkeitsarbeit des Landesverbands voranbringen, z.B. in den sozialen Netzwerken, als auch Kreis- und Ortsverbände dabei unterstützen (auch bei Design von Flyern, bei Homepages). Gemeinsam mit der Pressestelle können wir so auch im Rahmen von Kampagnen ebenen übergreifend besser zusammenarbeiten, ähnlich wie beim Volksbegehren. Außerdem gibt es jetzt den virtuellen Klönschnack, als virtueller Treffpunkt für alle, die in Niedersachsen Grüne Social-Media-Kanäle betreuen. Auch Kandidierende mit eigenen Kanälen haben hier eine Anlaufstelle für ihre Fragen rund um ihren Online-Auftritt.
- Die Landesgeschäftsstelle und der Landesverband sind jetzt gut aufgestellt, um Kreis- und Ortsverbände bei der Kommunalwahl zu unterstützen, z.B. beim Angebot für Vorwahlkampfmaterial. Weil die Kommunalwahl zwei Wochen vor der Bundestagswahl stattfindet, haben wir keine eigene Kommunalwahlkampagne entwickelt, sondern gemeinsam mit der Agentur für die Bundestagswahl eine Rahmenlinie, die kommunal ausgestaltet werden kann. Dabei kann die LGS unterstützen.
- In der Landesgeschäftsstelle hat es zu Beginn des Jahres 2021 einen personellen Wechsel gegeben: Neuer Landesgeschäftsführer ist Sören Creutzig, der bis dahin die Abteilung "Öffentlichkeitsarbeit und Gliederungsservice" geleitet hat und schon während des Volksbegehrens Artenvielfalt viele Geschäftsführungsaufgaben übernommen hatte. Der bisherige Landesgeschäftsführer Josef Voß übernimmt die Aufgabe des Referenten für Landes- und Kommunalpolitik. Mit diesem neu geschaffenen Referat soll die politische Zuarbeit des Landesvorstandes und der Kreis- und Ortsverbände gestärkt werden. Außerdem ist Josef stellvertretender Landesgeschäftsführer und stellvertretender Pressesprecher.

Ausblick

Es wird jetzt darum gehen, die innerparteiliche Stärke sowie den großen Zuspruch der Wähler*innen zu starken GRÜNEN Wahlergebnissen bei den Bundestags- und Kommunalwahlen 2021 sowie bei der Landtagswahl 2022 umzusetzen. Dafür sind wir gut aufgestellt.